Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Kaden & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 3.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 9.00 M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Inseratenpreis: die 7 gespaltene Nonpareillezeile 50 Pf., darauf 40 Prozent Teuerungszuschlag, bei Familienanzeigen die Zeile 60 Pf. (ohne Zuschlag). Inserate sind im voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen kann nicht übernommen werden. Für Beilagenniederlegung 20 Pf.

Nr. 194. | Dresden, Sonnabend den 23. August 1919. | 30. Jahrg.

Bergarbeiter und Arbeitszwang.

Der Arbeitsnachweis der Berliner Metallindustrie vermittelt gegenwärtig Stellen für solche Metallarbeiter, die im Januar 1919 arbeitslos geworden sind. Man kann sich danach ungefähr vorstellen, welche Gefühle die Metallarbeiter beherrschen, die im Juli arbeitslos geworden sind und damit rechnen müssen, ungefähr ein Jahr lang nicht wieder in Arbeit zu kommen. Sie beziehen Arbeitslosenunterstützung, ergreifen aber daneben alle möglichen andern Berufe, insbesondere den Straßenhandel, der von Tag zu Tag weiterwuchert, und beschwören dauernd die Gefahr herauf, das Verbrecherheer zu verstärken. Wie soll diesen Zuständen, die mit der zunehmenden Kohlennot natürlich von Woche zu Woche schlimmer werden, ein Ende gemacht werden?

Es läßt sich natürlich nicht unterschiedslos alles über einen Kamm scheren. Ein Berliner Metallarbeiter von 50 oder 60 Jahren, der mit seiner Familie seit alten Zeiten in Berlin lebt, kann nicht plötzlich in den Bergbau oder einen andern Beruf wechseln. Aber gerade diese alten und eingesessenen Arbeiter klagen am lautesten darüber, daß ihnen die Aussicht auf Wiedererlangung von Beschäftigung durch jüngere unverheiratete Arbeiter genommen wird, die sehr wohl anderswo eine andre Tätigkeit aufzunehmen vermöchten.

Gegenwärtig finden in Essen öffentliche Verhandlungen über die Not des Bergbaues statt. Die Vertreter der Bergherren legen überzeugend dar, daß Deutschland binnen wenigen Wochen eine beispiellose Kohlenkatastrophe über sich ergehen lassen wird. Die Sprecher der Bergarbeiter erklären eine längere Arbeitszeit für völlig ausgeschlossen; sie machen überdies geltend, daß die Bergarbeiter auch alle Ueberschichten ablehnen müßten, solange noch Hunderttausende junger kräftiger Menschen für Nichtstun Unterstützung beziehen, statt im Bergbau Arbeit anzunehmen. **Es sind die Bergarbeiter selbst, die sich dagegen auflehnen, daß man von ihnen harte angestrengte Arbeitsleistung fordert, während andre nach Wahl und Belieben mit Arbeitslosenunterstützung und ein wenig Hausierhandel die Monate totschlagen.**

Der Gedanke der Arbeitslosen-Unterstützung ist der, daß die Gesellschaft den Arbeitslosen unterstützt, der durch ihre, nicht durch seine Schuld keine Arbeit finden kann. Der Gedanke der Arbeitslosenunterstützung wird Unsinn, wenn Arbeit ruft und drängt und Leute unterstützt werden, die sie leisten könnten, aber nicht leisten wollen.

Ein Arbeitszwang widerstrebt grundsätzlich dem Gefühl der Arbeitermassen. Aber er darf das nicht mehr, wenn die Arbeiter ihn selbst organisieren. Man setze einen Ausschuß von Bergarbeitern und andern Arbeitern ein und lasse sie die Listen der Arbeitslosen nachprüfen. Nur die jungen und ganz gesunden Arbeitslosen brauchen sie zu veranlassen, im Bergbau Arbeit zu nehmen. Barackenwohnungen, die den gesundheitlichen und gesellschaftlichen Mindestforderungen entsprechen, sind im Kriege so oft rasch hergestellt worden, daß es auch jetzt möglich gemacht werden muß. Nur auf diese Weise scheint uns ein wirkungsvoller Kampf gegen die Kohlenkatastrophe und zugleich gegen das Massenverbrechertum möglich zu sein, das sonst mit der Zunahme der Arbeitslosigkeit automatisch immer weiter um sich greift. Mögen die verantwortungsbewußten Arbeiterführer den Weg der Abhilfe einschlagen, ehe es für die Rettung des deutschen Volkes vor einem Winter allgemeinen Frierens und allgemeiner Arbeitslosigkeit zu spät ist.

•

Die drohende Katastrophe.

Essen, 22. August. Der Ausschuß zur Prüfung der Arbeitszeit im Bergbau hielt am Mittwoch eine Sitzung ab, in der die Vernehmung der Auskunftspersonen fortgesetzt wurde. Geh. Kommerzienrat Klöckner gab einen Ueberblick über die Lage des deutschen Kohlenmarktes und kennzeichnete dabei die trostlosen Aussichten, denen wir gegenüberstehen. Nach Auffassung des Sachverständigen steuern wir in sechs Wochen einem Zusammenbruch entgegen, **wenn es nicht gelingt, die Förderung von Kohlen zu steigern.** An die Lieferung von auch nur 20 Millionen Tonnen an den Verband ist **einfach nicht zu denken.** In diesem Falle würden sämtliche Hochöfen ausgeblasen werden müssen und das Wirtschaftsleben käme zum Stillstand. Eine Einfuhr ausländischer Kohlen ist abgelehnt worden, abgesehen davon, daß im Auslande selbst ein großer Mangel an Kohlen herrscht. Infolge des ungünstigen Standes unsrer Währung ist dies auch so gut wie ausgeschlossen. Am Donnerstag vormittag wurde die Vernehmung der Sachverständigen fortgesetzt. Zunächst hielt als Vertreter des Reichskohlenkommissars für die Kohlenverteilung der Generaldirektor Kngeter einen längeren Vortrag. Seine Ausführungen gipfelten in dem Eingeständnis, daß eine geradezu erschütternd geringen Versorgung Deutschlands mit Kohlen für den kommenden Winter. An der Hand eines sehr umfangreichen Zahlenmaterials wurde dies im einzelnen nachgewiesen. In der anschließenden Versammlung wurde übereinstimmend der Wunsch geäußert, **daß die Oeffentlichkeit mehr als bisher über die traurige Lage der Kohlenversorgung und damit die Erschütterung des ganzen Wirtschaftslebens unterrichtet wird.** Interessant war, daß eine Vertretung von Arbeitern aus dem Berliner Baugewerbe ein Mitglied nach Essen gesandt hatte, um in bewegten Worten die Bergarbeiter eindringlichst zu bitten, die Kohlenförderung zu steigern, da schon jetzt auf dem Berliner Baumarkte täglich Hunderte von Arbeitern entlassen werden müßten, weil es an Kohlen zur Herstellung der nötigen Baustoffe fehle. Bei einer Verschärfung der Lage würde eine Katastrophe unvermeidlich sein.

•

Wegen starken Kohlenmangels fallen im Kasseler Direktionsbezirk einzelne Personenzüge, besonders nach Hannover, Berlin und Frankfurt, aus. Württemberg wird demnächst den Personenverkehr Sonntags und nötigenfalls auch Sonnabends einstellen. In Breslau hat der Stadtkommandant aus dem gleichen Grunde des Kohlenmangels bestimmt, daß von 9 Uhr abends an Gaststätten und Vergnügungsstätten usw. geschlossen sein müssen.

Die neuen Landesfinanzämter in Sachsen.

Nachdem die Reichsabgabenordnung von der Nationalversammlung angenommen worden ist, kann kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß es mit der Steuerhoheit der Einzelstaaten und auch mit der Sachsens zu Ende ist. Die Steuerverwaltung wird voraussichtlich schon am 1. Oktober d. J. an die nach der neuen Reichsabgabenordnung zu errichtenden Landesfinanzämter übergehen. Zwischen dem sächsischen Finanzministerium und der Reichsfinanzverwaltung sind sicherem Vernehmen nach die Verhandlungen darüber auch bereits abgeschlossen worden.

Danach wird Sachsen zwei Landesfinanzämter erhalten und zwar soll eins davon in Dresden und das andre in Leipzig errichtet werden. Zu Präsidenten werden voraussichtlich die Ministerialdirektoren Dr. Böhme und Dr. Just, seither im Finanzministerium tätig, ernannt werden. Die in den Zeitungen auftauchende Mitteilung, daß die ganze sächsische Finanzverwaltung an das Reich übergehe, ist natürlich Unsinn. Nur ein Teil davon, die Steuerverwaltung, wird an das Reich übergehen. Doch werden die zukünftigen Reichssteuerämter, die also Landesfinanzämter heißen werden, auch die den Einzelstaaten noch verbleibenden Steuern mit veranlagen und mit erheben. Mit Steuerfragen wird sich Sachsens Finanzverwaltung nur insoweit noch beschäftigen, als die Neueinführung von Landessteuern oder Aenderungen bestehender Landessteuergesetze in Betracht kommen.

Die neue reichseigene Steuerverwaltung wird sich auf der seitherigen unteren Steuerorganisation aufbauen. Die Steuererhebung und -veranlagung wird in Sachsen nach wie vor von den kommunalen Steuerverwaltungen besorgt, die dafür vom Reiche entschädigt werden. Die Bezirkssteuerinspektionen werden ebenfalls erhalten bleiben, aber den Namen Finanzämter erhalten.

„Das verlorene Oberschlesien".

In Oberschlesien scheint wieder Ruhe einzukehren. Der Putsch, den Spartakus in Gemeinschaft mit den polnischen Chauvinisten arrangiert hat, ist durch die Tapferkeit und Entschlossenheit der Reichswehrtruppen und ihrer Führer niedergeschlagen worden. Von dem wüsten Terrorismus der bewaffneten Verbrecherbanden befreit, beginnen die Bergarbeiter, wie sie und ihre berufenen Organisationen das längst wünschten, die Arbeit wieder aufzunehmen, die für das ganze deutsche Volk lebenswichtig ist. Zugleich treibt das Auswärtige Amt der Republik eine vernünftige und wahrhaft völkerverbindungsmäßige Politik. Es gibt den Ententekommissionen den Weg nach Oberschlesien frei, damit sie sich dort an Ort und Stelle über die Beweggründe des Aufstands und über die Methoden zu seiner Niederringung unterrichten. Eine solche Weitherzigkeit ist geboten, da in der Kohlenförderung alle Völker Europas gleich interessiert sind.

Der Putsch in Oberschlesien ist unter den vielen Putschen der Unabhängigen und Spartakisten eine ganz besondere Gemeinheit und Niedertracht gewesen. Gefordert war bekanntlich die Abberufung des Staatskommissars Hörsing, die Aufhebung des Belagerungszustandes und die Rückberufung der Reichswehrtruppen. Das waren genau dieselben Forderungen, deren Bewilligung seinerzeit die Polen in der Provinz Posen durchgesetzt hatten; kaum war geschehen, was sie verlangten, da bemächtigten sie sich mit einem Schlage fast der ganzen Provinz, und die deutschen Arbeiter konnten die Kartoffeln aus Posen im Monde suchen. In Oberschlesien waren die Unabhängigen und Spartakisten wiederum nur die vorgeschickten Helfershelfer der ausländischen Nationalisten. Auch hier brach unmittelbar nach dem Generalstreik der polnische Putsch los. Aber diesmal ist die Regierung besser auf ihrer Hut gewesen als zu der Zeit, da leider noch Unabhängige mit in der Regierung saßen. Sie hat der Gewalttätigkeit der Putschisten die Gewalt des Rechts, des Friedensvertrags und der Vernunft entgegengestellt und den Aufstand überwunden. Der polnische Plan, Oberschlesien schon vor der Volksabstimmung in polnische Hand zu bringen, ist gescheitert. Wäre er geglückt, dann wären die oberschlesischen Kohlen sofort für Deutschland verloren gewesen und die Kohlennot im Winter wäre grenzenlos geworden.

Die Unabhängigen haben also mit der oberschlesischen Frage wieder einmal bewußt und unmittelbar die deutschen Arbeiter verraten, um der polnischen Schlachta und dem polnischen Großwuchertum Vorteile zuzuschanzen. Sie hätten nicht feindseliger gegen das deutsche Volk handeln können, wenn sie von den Polen gekauft gewesen wären. Nun ist der niederträchtige Anschlag fehlgeschlagen, und da wagt es die Freiheit zu schreiben: „Durch das Eingreifen der Entente scheint Oberschlesien zur Ruhe zu kommen." Hier plaudert das unabhängige Zentralorgan aus, was es wünscht, nämlich die Einmischung der Entente, um das geplante Attentat auf Deutschland doch noch zur Ausführung zu bringen. In Wahrheit hat die Entente in Oberschlesien nicht eingegriffen und kann sie rechtmäßigerweise erst eingreifen, wenn der Friedensvertrag ratifiziert ist.

Die Ordnung in Oberschlesien ist wiedergekehrt, nachdem die „Noskegarden" den Terror der vereinigten Unabhängigen, Spartakisten, Nationalpolen und Verbrecher zerschlagen haben. Solange diese nicht darauf verzichten, Gewalt anzuwenden, zu morden und zu plündern, so lange werden auch Reichswehr, Belagerungszustand und Standrecht ihr Werk tun müssen. Sie haben in diesem Falle Deutschland die wichtigste Provinz gerettet, und Unabhängige wie Kommunisten haben sich vergeblich bemüht, dem deutschen Volke einen neuen schweren Schlag zu versetzen. Die Schande davon fällt auf sie, die Ehre ihrer Niederlage ziert die Regierung.

•

Der amtliche Bericht.

Kattowitz, 22. August. Die Pressestelle des Staatskommissariats teilt mit: Nachmittagsbericht aus dem Aufstandsgebiet. Abschnitt Beuthen: Nichts Neues. Die Haussuchungen nehmen ihren Fortgang. Abschnitt Kattowitz: In Eichenau fand beim Aufziehen der Wache eine Bandenschießerei statt. Der Wachthabende wurde erschossen. Als die übrigen Mannschaften die Leiche bergen wollten, wurden sie von polnischer Seite von Hallertruppen mit Maschinengewehren beschossen, wobei noch ein Mann getötet und mehrere verwundet wurden. Sonst herrscht im Abschnitt Ruhe. Die Grenze ist wieder von unsern Truppen besetzt. Abschnitt Rybnik: Nichts Neues.

•

Polnische Truppen beim Aufstand.

Kattowitz, 22. August. Der Beweis, daß reguläre polnische Truppen an den Aufstandsbewegungen beteiligt waren, werden immer mehr. Bei den Kämpfen um Myslowice wurden Teile des polnischen Regiments Nr. 63, das seinen Standort in Czenstochau und Wielun hat, festgestellt. Ferner wurden in einem Kattowitzer Postkasten zwei Briefe von polnischen Legionären, ehemaligen deutschen Soldaten, an ihre Angehörigen in Oberschlesien gefunden, in denen mitgeteilt wird, daß das Regiment und andre polnische Truppen schon in den nächsten Tagen in Beuthen einziehen würden. Charakteristisch ist, daß einer der Legionäre Offiziersstellvertreter beim Scharfschützenregiment Wytum ist.

Die Reichswehr hat, wie wir von maßgebender Stelle erfahren, in den letzten Tagen Truppen zur Verstärkung nach Oberschlesien abgehen lassen. Es trieb weniger dazu der Ernst der Lage als der Wille, einem Verbandseingriff in das oberschlesische Chaos vorzubeugen und im eigenen Lande mit eigenen Kräften Ruhe und Ordnung zu schaffen. Die Bevölkerung wie auch die deutschen Truppen sind empört über die bestialischen Greueltaten der Spartakisten, die ganze Dörfer in Brand steckten und mordeten und plünderten.

•

Die Ententemission für den deutschen Südosten.

Versailles, 22. August. Vor dem Obersten Rat der Alliierten berichtete gestern der von einer Studienreise aus Polen und Oesterreich zurückgekehrte amerikanische Lebensmittelkommissar Hoover namentlich über die Lage in Oberschlesien. Nach dem Echo de Paris glaubt Hoover, daß eine internationale Kommission die Schwierigkeiten beseitigen könne, die sich in Oberschlesien zwischen Deutschland und Polen ergeben haben. Man nehme deshalb an, daß er in der heutigen Sitzung des Obersten Rates die Entsendung von amerikanischen, französischen, englischen und italienischen Sachverständigen des Bergbaues beantragen werde. Das Blatt glaubt, daß von einer sofortigen militärischen Besetzung Oberschlesiens nicht mehr die Rede sei.

Berlin, 22. August. In der heutigen Sitzung der deutsch-polnischen Kommission, die im Auswärtigen Amte unter dem Vorsitz des Reichsministers Müller und in Anwesenheit der Vertreter der Ententeregierungen sowie der stimmführenden polnischen Delegierten stattfand, wurde im Einverständnis mit letzteren die Instruktion für die in den nächsten Tagen nach Oberschlesien reisende interalliierte Militärmission festgesetzt. Die Instruktion bestimmt, daß die Offiziere sich über die gegenwärtige Lage unterrichten und sobald wie möglich nach Berlin zurückkehren sollen, um die deutsche Regierung von dem

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19190823/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG